

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Danzig bei freier Zustellung an Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk., halbjährlich 36.— Mk., jährlich 72.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Abonnementpreis: Die 4-spaltige Zeile 1,50 Mk. von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegenheiten bei 1000 Exemplaren 10.— Mk. von auswärts 12.— Mk. Bei Nichtzahlung Nachschuß. Annahme bis 1. Juli 1921. — Postfach 2945, Danzig. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Nr. 189

Freitag, den 22. Juli 1921

12. Jahrgang

Frankreich als Störer des Weltfriedens.

Frankreichs falsches Spiel in Oberschlesien.

Französische Truppenverstärkungen für den vierten polnischen Aufstand.

Anlässlich einer Protestversammlung in Breslau machte Dr. Kleinert aufsehenerregende Mitteilungen über das Zusammenarbeiten von Franzosen und Polen in Oberschlesien zur Vorbereitung eines vierten polnischen Aufstandes. Ein polnisch-französischer Aktionsausschuss ist am 10. Juli gebildet worden. Er hat die Aufgabe, die Franzosen dabei zu unterstützen, in allen Ortschaften polnische Ortsmehren zu gründen und sämtliche Zivilverwaltungsbehörden sowie die Gruben- und Polizeiverwaltung zu überwachen. Ein polnischer Geheimbund mit dem Sitz in Dräseke arbeitet darauf hin, durch Terror die Massenauswanderung der Deutschen zu erzwingen. Hierdurch für die polnisch-französischen Pläne sind die Engländer, welche die Neutralität wirklich ernst nehmen. Die französische Division, die zur Verstärkung nach Oberschlesien gefandt werden soll, soll dieses Hindernis durch das militärische Übergewicht der Franzosen beseitigen. General le Rond läßt durch zahlreiche Espione nicht nur die Deutschen, sondern auch sogar die ihm unangenehmen Engländer überwachen. In einem Rundschreiben an die französischen Truppenkommandanten und Kreiskontrolloren ordnet er an, daß sämtliche polnischen Verwaltungs- oder Militärstellen jedwelter Unterstützung zu gewähren sei, und daß das neutrale Verhalten der Engländer durch energisches französisches Vorgehen gegen die deutsche Bevölkerung abzu schwächen sei. In Katowitz ist eine Ueberwachungsstelle eingerichtet, die mittels eines großen Agentenapparates die gesamten englischen Maßnahmen in Oberschlesien zu überwachen hat.

Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ aus Oppeln meldet, hatten die französischen Kreiskontrolloren Bestimmungen erlassen, wonach der Begriff Insurgenten nur auf Deutsche beschränkt wird, die in der Kampffront zur Abwehr des polnischen Aufstandes gestanden haben. Die ehemaligen polnischen Plakkommandanten, die sich während des Aufstandes die öffentliche Gewalt anmaßt haben, seien nicht als Insurgenten zu bezeichnen. Die Kreiskontrolloren gewähren ihnen die weitere Ausübung ihrer Amtsgewalt.

Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ wird in den Landbezirken des Kreises Hindenburg die Polizeigewalt weiter nur durch polnische Insurgenten ausgeübt. In Matejka, Biskupitz und Kunzendorf sind die Führer der Gemeindevorstände bekannten Insurgentenführer.

Die „Schlesische Landeszeitung“ in Breslau berichtet, daß ein unter Leitung eines französischen Hauptmanns namens Ehrhard stehendes französisch-polnisches Geheimkommando die Aufgabe hat, mißliebige deutschgesinnte Personen in Oberschlesien verschwinden zu lassen. Aus den Kreisen Kofel, Gieswitz und Neutirchen sind etwa 50 Personen spurlos verschwunden. Trotz aller Bemühungen konnte bisher der Verbleib dieser Personen nicht festgestellt werden. Die darüber von den ober-schlesischen Zeitungen gebrachten Nachrichten wurden von der Zensur gestrichen.

Paris, 21. Juli. Die Pariser Morgenpresse unterstreicht im allgemeinen das von den drei Oberkommissaren gestellte Verlangen nach Entsendung von Verstärkungen sowie das fernere Ersuchen, die ober-schlesische Frage schleunigst zu regeln. „Petit Parisien“ sagt: Die französische Regierung habe sich in ihrer gestrigen Note damit begnügt, das Verlangen aus Oppeln sich zu eigen zu machen. Sobald die Verstärkungen in Oberschlesien angekommen seien und die Sachverständigen die Lage geklärt hätten, sei die französische Regierung bereit, in möglichst naher Frist den Obersten Rat zusammenzuberaufen. Könne das nicht im Monat August geschehen, dann läge es nicht an der französischen Regierung. „Petit Parisien“ wendet sich gegen die Auffassung, daß die französische Regierung die Einberufung des Obersten Rates nicht wolle, weil sie geheimnisvolle Verhandlung mit Beltr Gombi Ben pflege. Vielleicht sei auf englischer Seite auch ein Mißtrauen wegen der jüngsten deutsch-französischen Verhandlungen über die Reparationen aufgetaucht. Aber England selbst habe Frankreich aufgefordert, sich direkt mit Deutschland über die Schlichterungen zu verständigen. — Pertinax schreibt: Die Haltung des französischen Vorkämpfers entspreche genau seiner Ansicht über das, was sich in Oberschlesien abspiele. Die Aufschubung der Tagung des Obersten Rates habe Vorteile, aber nur unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß die französische Regierung nicht zögere, das Nötige, namentlich am Rhein, zu veranlassen, um die Ereignisse in Oberschlesien zu beherrschen.

London, 21. Juli. Das Reutersche Bureau meldet, es sei durchaus falsch, anzunehmen, daß der Bericht der alliierten

Oberkommissare über Oberschlesien die Ansicht der britischen Regierung irgendwie abändere. Briand ist noch immer der Ansicht, daß, solange der gegenwärtige Zustand in Oberschlesien andauert, irgendeine vom Obersten Rat getroffene Entscheidung nicht ausgeführt werden könne, und daß eine so wichtige Frage genauere Unterhandlungen erfordere, die nicht in wenigen Tagen beendet werden können. Briand geht am Sonnabend auf Urlaub. Er ist der Ansicht, daß der Oberste Rat nicht vor August zusammentreten könne.

London, 21. Juli. Im Unterhause erklärte Lloyd George, die Frage über die den industriellen Werken in Oberschlesien durch den polnischen Aufstand zugefügten Schäden werde von einem besonderen Gerichtshof untersucht, der seinerseits Bericht erstatten werde. Auf eine Anfrage, ob Harmsworth bekannt sei, daß kürzlich ein französischer Dampfer mit Kriegsmaterial für Polen Danzig angelaufen habe, erklärte Harmsworth, er habe keine dahingehende Information, und bat um nähere Angabe.

Washington, 21. Juli. (Reuters.) Das Staatsdepartement teilt mit, daß es nicht aufgefordert worden sei, in der ober-schlesischen Frage zu intervenieren, und erklärt, daß die Veränderungen im umstrittenen Gebiet nicht bedeutungsvoll genug seien, um die Regierung zu veranlassen, von sich aus eine Intervention in Erwägung zu ziehen.

Paris, 22. Juli. Die französische Note auf die englische Antwort in der ober-schlesischen Frage ist gestern Abend durch den französischen Botschafter in London Lord Curzon überreicht worden. Der Inhalt entspricht den gestrigen Angaben. Wie dem „Matin“ mitgeteilt wird, hat Lord Curzon an dem britischen Standpunkt festgehalten, zuerst die ober-schlesische Frage zu regeln und erst dann, wenn es notwendig erscheint, Truppen zu entsenden.

Paris, 22. Juli. Der „Petit Parisien“ erklärt, daß die Depesche der alliierten Regierungskommissare in Oppeln, von der gestern die Rede war, nicht in gleicher Weise ausgelegt werde. Nach der französischen Version haben die Kommissare die Entsendung von neuen Verstärkungen als eine sofortige Regelung der ober-schlesischen Frage verlangt. Nach der englischen Version haben die alliierten Kommissare verlangt, entweder die sofortige Regelung der Frage oder die Entsendung von Verstärkungen. Der „Petit Parisien“ vertritt den Standpunkt, es gebe nur ein Mittel, diese Kontroverse zu beenden, daß die Botschafterkonferenz den Text des Telegramms veröffentlicht. Das Blatt glaubt, daß man alsdann der französischen Auslegung Recht geben wird.

Polnische Charakteristika der ober-schlesischen Insurgenten.

Warschau, 21. Juli. Anlässlich der Unruhen in Snowrazlam (Hohenstaufen) bei der gewalttätigen Entwaffnung der Insurgenten aus Oberschlesien schreibt „Gazeta Warszawska“, daß sich unter den Insurgenten kaum einige hundert Schlesier befanden hätten, während der Rest Landstreicher und Verbrecher gewesen seien. Es sei ein Rätsel, wer diese Elemente außerhalb Schlesiens angeworben, bewaffnet und losgeschickt habe. In das Geheimnis teilten sich die zweite Abteilung der P. O. W. (Geheimorganisation) und die nationale Arbeiterpartei. Korfanty habe wiederholt gebeten, ihm keine Leute mehr zu schicken, da er genug habe. Diese Elemente seien durch Gewalttätigkeiten eine Geißel der ober-schlesischen Bevölkerung gewesen. Außerdem hätten sie zum Schrecken aller polnisch denkenden Polen geäußert, daß sie die Aufstandsbewegung auch auf andere Teile Schlesiens übertragen haben. In Snowrazlam hätten diese Leute die Bevölkerung terrorisiert.

Hohenstaufen, 21. Juli. Zu den bereits bekannten blutigen Ereignissen anlässlich der Entwaffnung der in den hiesigen Infanteriekasernen untergebrachten ober-schlesischen Aufständischen werden jetzt folgende interessante Einzelheiten bekannt: Die Aufständischen gebrauchten den Vorwand, der Staat schulde ihnen den Sold in deutscher Währung. Dagegen stellte sich heraus, daß die Meuterer 4000 Mark deutschen Geldes und Waggons mit Wäsche, Kleidungsstücken und Schuhen besäßen. Aber selbst angesichts solcher Beweise werden die polnischen Behörden in Oberschlesien mutig geleugnet. Interessant für den Zustand der polnischen Armee ist die Tatsache, daß die Meuterer einen kommunikativen Soldatenrat gewählt hatten, um sich der Stadt Hohenstaufen zu bemächtigen.

Das ober-schlesische Pulverfaß.

Die Einigung zwischen England und Frankreich über Oberschlesien, die zu Beginn dieses Monats nahezu erreicht erschien, ist wieder in die Brüche gegangen. Man hat sich über Oberschlesien ebenso wenig einigen können, wie über die Orientfrage. Wenn jetzt die französische Presse aus Kleinasiens türkische Siege, die englische griechische Erfolge meldet, und wenn zugleich die englische Presse auf die Entscheidung über Oberschlesien drängt, die französische sie hinausgeschoben versucht, so besteht zwischen diesen Dingen ein unterdrückter Zusammenhang. England und Frankreich waren seit Beginn des Krieges niemals uneinig, als sie es in diesem Augenblicke sind.

Der Schluss jedoch, daß Deutschland in der ober-schlesischen Frage aus dieser Uneinigkeit Gewinn ziehen könnte, wäre übertrieben. Keucherten falls kann man sagen: Wenn England jetzt die Entscheidung über Oberschlesien noch vor dem 1. Aug. durchsetzt, so wird diese Entscheidung etwas weniger schlecht ausfallen, als sie voraussichtlich ausgefallen wäre, wenn Frankreich in der Frage des Termins seinen Willen durchgesetzt hätte.

Die deutsche Forderung geht dahin, daß Oberschlesien, nachdem es sich mit Stimmenmehrheit für Deutschland entschieden hat, auch ungeteilt bei Deutschland verbleiben müsse. Dieser Standpunkt läßt sich zwar ausgedehnt begründen, er wird aber von keiner der Mächte, die die Entscheidung gemeinsam in Händen hatten, geteilt. Das Höchste, was England vertreten zu können glaubte, war, daß nur die Kreise Ploß und Rybnitz von Deutschland abgetrennt werden, das übrige Oberschlesien mit dem Industriegebiet Deutschland verbleiben solle. Italien aber wollte unter der frangosenfreundlichen Leitung des Grafen Sforza eine Teilung des Industriegebiets in der Weise, daß nur der kleinere Teil Deutschland verbleiben würde. Wie sich die neue italienische Regierung zur ober-schlesischen Frage stellt, ist nicht bekannt. Fiume, die Adria und Kleinasien sind ihr natürlich viel wichtiger.

Einstweilen ist überhaupt nicht abzusehen, wie die Entscheidung herbeigeführt werden soll in der Art, die in den Paragraphen 5 und 6 des Artikels 88 des Friedensvertrages vorgeschrieben ist. Danach soll die Interalliierte Kommission über die als Grenze Deutschlands in Oberschlesien anzunehmende Linie einen Vorschlag erstatten, und dann soll die Grenzlinie von den alliierten und assoziierten Hauptmächten festgelegt werden. Ein Vorschlag der Interalliierten Kommission, auf den sich die Entscheidung des Obersten Rates stützen könnte, existiert überhaupt nicht. Und ebenso unklar ist die Frage, ob ein Beschluß nur durch Übereinstimmung aller oder auch durch Mehrheit gefaßt werden kann. In Frankreich nimmt man das erstere an, das natürlich sehr bequem ist, denn dann kann ein Entschluß über Oberschlesien, der den Franzosen nicht gefällt, überhaupt nicht gefaßt werden. In England dagegen erklärt man den Beschluß durch Mehrheit für möglich, was wiederum bedeutet, daß Frankreich ausgeschaltet wird, wenn es England gelingt, Italien auf seine Seite zu bringen. Es ist klar, daß bei einer solchen Verwicklung der Dinge die reine Gerechtigkeit dasjenige ist, woran zuallererst gedacht wird. Für jeden der drei Staaten, von denen eigentlich Oberschlesiens Schicksal abhängt, ist Oberschlesien weiter nichts als ein einzelner Gegenstand in einem großen Interessentenkomplex. Und dabei ist das eigene Interesse Englands und Italiens daran, daß Oberschlesien zum größeren Teile deutsch bleibt, viel geringer als das eigene Interesse Frankreichs daran, daß der größere Teil polnisch wird. Polen hat Frankreich zum Bundesgenossen, der ihm vertraglich verpflichtet ist und mit ihm durch dick und dünn geht. Ueber eine gleich starke Hilfe verfügt Deutschland nicht.

Die Berichte aus Oberschlesien selbst stimmen dahin überein, daß man dringend eine baldige Entscheidung wünscht. Ist es auch noch ungewiß, ob diese Entscheidung dem gewählten Gande die erhoffte Ruhe bringen wird, so ist doch gewiß, daß keine Ruhe eintreten kann, solange die Entscheidung noch schwebt. Ein Hinanzögern bis zum Herbst könnte die Folge haben, daß Polen den Verlust in Oberschlesien vollendete Tatsachen zu schaffen noch einmal wiederholt. Eine scheinbare moralische Rechtfertigung für ein solches Vorgehen erwartet man von Dummheiten des deutschen Selbsthühes, auf die man hofft. Die letzte Note der französischen Regierung und das anbesohlene Austraten des Botschafters Laurent vor dem Minister Dr. Kofen läßt schon klar genug diese taktische Linie erkennen. Es ist der deutsche Wolf, der das polnische Lamm zu überfallen droht, und im geeigneten Augenblick wird dann Frankreich wieder einmal mit seinem glorreichen Verbündeten um die gebilligten Rechte der Menschheit kämpfen. Das Spiel ist im großen schon einmal gespielt. Der Gedanke, es im kleinen zu wiederholen, ist lockend.

Wenn England jetzt nach einer raschen Entscheidung drängt, so ist das wahrscheinlich nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß man in England die Folgen einer neuen Verschiebung der europäischen Lage sehr lebhaft empfindet. Der Frieden von Versailles ist zum Quell des Unfriedens für jene selbst geworden, die ihn geschaffen haben.

Sozialistische Bauernpolitik.

Von Peter Trimborn-Köln.

Die nachstehenden Ausführungen bieten einen bemerkenswerten Beitrag zur Debatte über das künftige Parteiprogramm der Sozialdemokratie, zu dem wir in nächster Zeit noch mehrfach Stellung nehmen werden. (Hrsg. d. „Täglichen Volksstimme“).

„Es gibt nur einen Weg zur dauernden Überwindung der feudal-heral-agrarischen Reaktion. Er heißt: Trennung der kleinbäuerlichen Gefolgschaft von den Fäden der Großgrundbesitzer und politischen Mobilisierung der Landarbeiter. Das ist keine leichte Aufgabe, aber ihre Lösung ist die Vorbedingung zu jedem weiteren Fortschritt. Es ist ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, daß den Vertretern des kulturellen Fortschritts die Macht zufallen werde, lediglich durch die industrielle Entwicklung, lediglich durch das Anwachsen der städtischen Arbeiterkraft. Die Gewinnung der werktätigen Landbevölkerung ist unentbehrlich zur Eroberung der politischen Macht.“

Mit diesen Worten schließt Eduard David sein man schon fast 20 Jahre altes Werk über „Sozialismus und Landwirtschaft“. Es ist merkwürdig, wie lange oftmals politische Selbstverständlichkeiten brauchen, um sich als anerkannte Wahrheiten durchzusetzen. Der verhängnisvolle Irrtum, gegen den sich der sozialistische Theoretiker David vor nahezu zwei Jahrzehnten zu wenden mußte, herrscht leider heute noch in weiten Kreisen, die sich in ihrer organisatorischen und agitatorischen Arbeit nicht freimachen können von traditionellen Auffassungen und Anschauungen, die in der sozialdemokratischen Partei seit Jahrzehnten einflussreich dominierten. Gewiß: Die Sozialdemokratie ist praktisch und politisch zunächst als eine reine Bewegung der Industriearbeiter ins Leben getreten. Sie mußte naturgemäß vor allem auf einem Produktionsgebiet wirken, wo die kapitalistische Entwicklung den schärfsten Ausdruck gefunden, wo die verderblichen Folgen des Kapitalismus am greifbarsten, wo die sozialen Verhältnisse am schmerzhaftesten ausgeprägt waren und am meisten nach einer Umgestaltung im Sinne des Sozialismus drängten. Diese Tatsachen, die zu leugnen niemals der Sozialdemokratie eingefallen ist, geben unsern Gegnern, vor allem dem Zentrum, Gelegenheit zu der Behauptung, die Sozialdemokratie kümmere sich um den Bauernstand überhaupt nicht; sie sei als reine Arbeiterpartei dem Kleinbauern feindlich gesinnt und arbeite mit an seinem wirtschaftlichen Untergang.

Wer aufmerksam die Haltung der Sozialdemokratie studiert, der weiß genau, daß das Gegenteil der Fall ist. Die Sozialdemokratie ist an der kulturellen Erhebung des Kleinbauern genau so sehr interessiert wie an dem wirtschaftlichen Fortschritt der Industriearbeiter. Der Sozialismus ist nicht eine bloße Parteiboktrin der Arbeiterklasse, sondern eine Lehre, deren Endziel die Befreiung der gesamten Menschheit ist. Wenn die Sozialdemokratie ihr Ziel: die Verwirklichung des Sozialismus durch die Demokratie, wirklich erreichen will, dann muß sie den sozialistischen Gedanken auch hinaus auf den Land in kleinbäuerliche Kreise tragen. Der kleine selbstwirtschaftende Bauer gehört wirtschaftlich und politisch zur Sozialdemokratie, weil nur sie seine Interessen konsequent

und entschieden vertritt. Der Kleinbauer, der selber vom frühen Morgen bis zur sinkenden Nacht schwer um des Bodens Frucht zu kämpfen muß, unterscheidet sich von dem modernen Proletariat wirtschaftlich nur dadurch, daß er sich noch im Besitze seines Arbeitsmittels befindet. Diesen Kleinbauern zu erlösen, ihn zu proletarisieren, ist nicht das Bestreben der Sozialdemokratie, wohl aber die Tendenz des Großgrundbesitzes. Wer aufmerksam die Politik der großagrarischen landwirtschaftlichen Organisationen verfolgt, der wird für diese Behauptung manchen Nachweis erbringen können. Ersreulicherweise dringt der Gedanke, daß der Kleinbauer auf Gedeih und Verderb mit dem Industrieproletariat verbunden ist, immer mehr in die Köpfe der Kleinbauern. In den verschiedensten Gegenden Deutschlands haben sich Bestrebungen bemerkbar gemacht, die darauf hinauslaufen, den großagrarischen, Kleinbauernfeindlichen Organisationen der Landwirtschaft die Gefolgschaft zu kündigen. In Bayern und Schlesien, in Hannover und im Rheinland sind eigene Organisationen der Kleinbauern entstanden, die nicht mehr gewillt sind, sich dem ihren wahren wirtschaftlichen und politischen Interessen zuwiderlaufenden Diktat des Großgrundbesitzes zu fügen, sondern die in politischen und wirtschaftlichen Fragen Schulter an Schulter mit der organisierten Arbeiterkraft kämpfen wollen. Diese Bauernorganisationen sind mit dem sozialdemokratischen Parteitheoretiker Eduard David zu der Überzeugung gelangt, daß es nur einen Weg gibt zur dauernden Überwindung der feudal-heral-agrarischen Reaktion: Die Trennung der kleinbäuerlichen Gefolgschaft von den Fäden der Großgrundbesitzer. Diese Kleinbauern, die sich frei gemacht haben von großagrarischer Bevormundung, fühlen instinktiv: Die politischen und wirtschaftlichen Interessen der Sozialdemokratie sind auch seine Interessen. Der Kampf für die sozialistische Demokratie ist gleichzeitig auch ein Kampf für die Emanzipation seiner Klasse, der kleinbäuerlichen Bevölkerung.

Was fordert diese Entwicklung, der größte Aufmerksamkeit geschenkt werden muß, von der deutschen Sozialdemokratie? Abgesehen davon, daß die Partei die Pflicht hat, das Erwachen der Kleinbauernschaft zum Klassenbewußtsein, zum politisch-ökonomischen Denken nach Möglichkeit zu fördern, ist endlich notwendig, daß sich innerhalb der Sozialdemokratie theoretisch-wissenschaftlich und praktisch-agitatorisch eine neue Einstellung gegenüber der Landwirtschaft bemerkbar macht. Das Agrarproblem wird nicht mit „Altklischen für sozialistische Agrarpolitik“ gelöst. Was wir brauchen, ist ein klar und scharf umrissenes Agrarprogramm, ist eine Agitations-taktik und -praxis, die sich den tatsächlichen Verhältnissen in der Landwirtschaft anpassen versteht und die nicht durch alte Schablonenpolitik draußen auf dem Lande mehr niederreißen als aufbauen. Die Sozialdemokratie soll sein eine Partei des ganzen schaffenden Volkes, sie will mit Ferdinand Freiligrath „Ehre jeder Hand voll Schwitzen, und Ehre jeder nassen Stirn hinterm Pfluge“. Und weil die Sozialdemokratie getreu ihrem programmatischen Bekenntnis eine Partei aller arbeitenden Volksschichten sein will, deshalb haben alle vorantwärtlichen Parteifunktionen die Pflicht, mitzuwirken und mitzumachen, daß der Kampf der Kleinbauern gegen den Großgrundbesitz in Bahnen geleitet wird, die zweckemüßig zum Sozialismus führen.

Deutschland muß für alle bezahlen.

Paris, 20. Juli. „Chicago Tribune“ schreibt: Internationale Juristen seien zu dem Schluß gelangt, daß die in London festgesetzte deutsche Reparationssumme von 132 Milliarden Mark die Gesamtsumme darstelle, welche die Alliierten von sämtlichen ehemals feindlichen Ländern, nicht

aber von Deutschland allein zu beanspruchen hätten. Diese Auffassung, die jetzt von allen Juristen der Alliierten geteilt werde, gründe sich auf Artikel 231 des Versailler Vertrages. Die Aufhebung bedeute nicht, daß die Verbündeten Deutschlands nicht zur Reparation herangezogen würden, sondern daß die von ihnen bezahlten Beträge Deutschland zu ersetzen seien. Über die Heranziehung der kleinen Mächte zur Reparation sei noch nichts bestimmt, es könne sich aber nur um einen geringen Teil des Gesamtbetrages handeln.

Revision des Versailler Vertrages.

Nach japanischen Zeitungen beabsichtigt die Regierung Japans auf der nächsten Völkerbundversammlung verschiedene Anträge auf Revision des Friedensvertrages von Versailles zu stellen. Erstens sollen die französischen und englischen Texte des Vertrages, die in nicht weniger als 10 verschiedenen Punkten voneinander verschieden seien, in Übereinstimmung gebracht werden. Zweitens werde Japan weil der Vertrag durch den Lauf der Ereignisse in verschiedenen Punkten veraltet sei, den Antrag auf Revision des Vertrages in allen seinen Punkten stellen. Außerdem soll im Vertrag der Tatsache Rechnung getragen werden, daß die Aufrechterhaltung des Friedens und der Ruhe im fernsten Osten ganz auf den Schultern Japans ruhe.

Da auch die anderen nichteuropäischen ehemaligen Kriegergegners Deutschlands Revisionenwünsche haben, wird wohl der Völkerbund an den japanischen Anträgen nicht vorbeigehen können.

Arbeiterbewegung in Polen.

Der Textilarbeiterstreik in Lodz hat sich trotz der Einschüchterungsmaßnahmen des Arbeitsministers Darowski weiter ausgedehnt und auf Tomaszow übergegriffen. Laut „Gazeta Poranna“ droht der Ausbruch eines allgemeinen Metallarbeiterstreiks.

Aus der Frauenbewegung.

Auch zu den bisher verschlossenen Studienfächern erhalten die Frauen allmählich Zutritt. In Sachsen werden sie zur theologischen Prüfung zugelassen; Pfarrer kann damit eine Frau freilich noch nicht werden, wie beispielsweise in Amerika, England, Holland und der Schweiz. In Deutschlands haben sich die Frauen aller Fraktionen auf einen Antrag geeinigt, der die Zulassung zur juristischen Prüfung fordert, und der Justizminister hat in einer Verfügung die Zulassung sowohl zu den Prüfungen wie zum Vorbereitungsdienst bestimmt. Aber auch hier fehlt noch die Konsequenz: die Frauen können noch nicht die entsprechenden Berufe ausüben, d. h. Richter, Anwalt usw. sein; wohl aber können sie Gerichtsschreiber werden. Zum Studium der Landwirtschaft sind im Freistaat Sachsen die Bestimmungen erleichtert worden; verlangt wird das Schulzeugnis eines Gymnasiums oder ein anderes gleichwertiges, dazu das Zeugnis eines Professors der Landwirtschaft über die erworbenen Vorkenntnisse. In Preußen ist durch einen Ministerialerlaß verfügt, daß Frauen das Amt eines Gutsvorstehers oder seines Vertreters versehen können. In den 24 deutschen wirtschaftlichen Frauenschulen und auf dem Lande und den 60 landwirtschaftlichen Haushaltungsschulen in Preußen werden die landlichen Hausbeamtinnen, in den Seminaren der wirtschaftlichen Frauenschulen die Lehrerinnen der landwirtschaftlichen Haushaltungskunde, an denen sehr großer Mangel herrscht, ausgebildet. Einige staatlich anerkannte Lehranstalten bilden Gärtnerinnen aus. Privatanstalten bereiten Landpflegerinnen und landwirtschaftliche Kreispfegerinnen vor.

Die Wirkung der Sanktionen in der Rheinprovinz.

Nach dem Artikel 270 des Friedensvertrages in Versailles behalten sich die alliierten und assoziierten Mächte vor, „für das deutsche von ihren Truppen besetzte Gebiet, eine eigene Zollordnung sowohl für die Einfuhr als für die Ausfuhr in Geltung zu setzen, sofern ihnen eine solche Maßnahme erforderlich erscheint, um die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung dieser Gebiete zu wahren“. Für die Zollgrenze am Rhein, die in Sonderheit auf Betreiben Frankreichs errichtet wurde und aufrecht erhalten wird, und die den gefährlichsten Teil der Sanktionen ausmacht, gibt es keine Stütze im Friedensvertrag als diesen Artikel. Und gerade dieser Artikel beweist das flagrante Unrecht, das Deutschland mit dieser Zolllinie angetan wird. Es ist hier ausdrücklich von der Wahrung der Interessen der Bevölkerung die Rede. Die Zollgrenze aber ist die schwerste Schädigung der Interessen gerade dieser Gebiete. Sie ist ein offener Bruch des Friedensvertrages.

Die verheerenden Wirkungen der Sanktionen auf die Arbeitsmarktvhältnisse in der Rheinprovinz hängen sich. Nach einem Bericht der Düsseldorf Regierung sind bis Ende Mai 72 Stilllegungen und Betriebsbeschränkungen im Rüstungsbezirk gemeldet worden. Vom 1. bis 24. Juni sind, wie das Landesarbeitsamt meldet, weitere 27 Betriebe stillgelegt bzw. eingeschränkt worden. Außerdem wird in fast allen Fabriken unter den wirtschaftlichen Schwierigkeiten die durch die Zollschranken ausgelöst worden sind, die Arbeit gekürzt. Von den 550 000 Arbeitern in den Fabriken des Rüstungsbezirks müssen etwa 200 000 mit verkürzter Arbeitszeit arbeiten. Dabei ist zu beachten, daß in vielen Fabriken um den alten Stamm der Arbeiter zu erhalten, Ausrüstungs- und sonstige unproduktive Arbeiten vorgenommen werden, und daß gleichzeitig allenthalben die tarifmäßigen Verhandlungen der Arbeiter stattfinden. Und trotzdem keine Erleichterung.

Die französische Zollordnung für den Rhein errichtet bekanntlich eine doppelte Zollmauer mitten durch deutsches Gebiet. Für alle von dem unbesetzten Gebiet nach dem Rheinland eingeführten Güter werden 25 Prozent der Sätze des

deutschen Zollsatzes in Goldmark erhoben. Also das 3- bis 4fache der Zollsätze in Papiermark. Für die aus dem besetzten Gebiet ins unbesetzte Gebiet gehenden Waren müssen die Sätze des deutschen Zollsatzes in Papiermark gezahlt werden. Die Fabriken im besetzten Gebiet sind in der Konkurrenz mit den Unternehmungen im unbesetzten Gebiet aufs schwerste benachteiligt. Für die französischen Luxusartikel gibt es keine besonderen noch schwereren Hemmnisse, sie können durch das neue Loch im Westen einströmen, und unsere Valuta noch mehr entwerten.

In einem Bericht der Interessengemeinschaft der Düsseldorfer Arbeitgeberverbände in Gemeinschaft mit den Gewerkschafts- und Angestelltenverbänden an den kommandierenden General der französischen Besatzungstruppen werden geradezu erschütternde Tatsachen über die Schäden der Sanktionen mitgeteilt. Aus allen Teilen der Industrie wird geklagt, daß die Schwierigkeiten in der Beschaffung der Rohstoffe und Halbfabrikate wachsen und daß deren Verteuerung immer mehr steigt. Neue Aufträge bleiben aus. Schon erteilte Bestellungen werden wieder rückgängig gemacht. Viele alte Geschäftsbeziehungen sind unterbrochen oder verloren. Der Auftragsbestand der Papierindustrie ist um 50 Prozent zurückgegangen. Die Maschinenfabriken haben einen Rückgang der Aufträge bis zu 66 Prozent zu verzeichnen. Auch die Nachfragen und Anfragen sind durchweg auf die Hälfte gesunken.

Durch die notwendigen Ein- und Ausfuhrbewilligungen für Waren im Verkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet und die dadurch entstehenden Verzögerungen werden die Schwierigkeiten noch mehr gesteigert. Allein bei der Ein- und Ausfuhr in Ems laufen alljährlich zwischen 10 000 und 25 000 Bewilligungsgesuche für den Warenverkehr ein, zu deren Bearbeitung ein Personal von mehr als 500 Köpfen notwendig ist. Natürlich kostet alles. Auch der Außenhandel wird gelähmt, wie aus dem starken Rückgang der auswärtigen Aufträge bemerkbar wird. Das Arbeitslosenelend wächst von Tag zu Tag. Die Fabriken müssen fortwährend Arbeiterentlassungen vornehmen. Sie haben nicht nur weniger Aufträge, sondern auch die Kohlenversorgung ist gefährdet. Den Betrieben werden im allgemeinen nur 25 Prozent des ihnen aufgebenen ohnehin schon geringen Kontingents zugewiesen.

Der Frachtenverkehr auf dem Land- und Wasserwege sinkt mit der Verschlechterung der Beschäftigungsverhältnisse. Wir geben hier die Zahlen für Düsseldorf wieder. Sie umfassen die letzten 3 Monate vor der Besetzung und die ersten 3 Monate während der Besetzung:

Schiffsgüterumschlag:			Zahl der bewegten Eisenbahnwagen:	
			1919	1920
Dezember 1920	59 327 t.		7867	Wagen
Januar 1921	74 156 t.		8858	
Februar 1921	50 810 t.		9419	
März 1921	28 841 t.		7897	
April 1921	36 951 t.		4808	
Mai 1921	25 735 t.		3718	

Hieraus ist zu ersehen, daß der Verkehr ganz erheblich zurückgegangen ist. Selbstverständlich sind dadurch auch Arbeiter broilos geworden. Für die gleichen Monate der Vorjahre ergeben sich folgende Ziffernbelege:

Schiffsgüterumschlag:			Eisenbahnwagen:		
	1919	1920	1919	1920	1921
			W	W	W
März	59 161	50 135	28 841	8382	9139
April	55 169	50 968	36 951	6987	9168
Mai	67 442	54 978	25 735	7852	8467

Diese Ziffern sind eine drastische Illustration zu den furchterlichen, das gesamte Wirtschaftsleben der Rheinlande abdrückenden Wirkungen der Sanktionen. Dabei ist das hier vorgebrachte Material nur ein kleiner Abschnitt aus der Summe der Gesamtschäden.

Es wird höchste Zeit, daß die sogenannten Sanktionen, für die seit der Annahme des Ultimatums durch Deutschland nicht einmal ein Vorwand mehr besteht, verschwinden. Sie müssen aufgehoben werden, weil sie den Friedensvertrag verletzen, weil sie die rheinische Industrie ruinieren, weil sie das Arbeitslosenelend vergrößern, weil sie ein Loch im Westen für französische Luxusgüter geschaffen haben, weil sie die Erfüllung der Reparationsleistungen durch Deutschland gefährden und überhaupt weil sie die schrecklichsten und empörendsten Schandenspiele sind, die je gegen ein Volk angewendet worden sind.

weniger schwer zu machen. Nun sei der Wein **keineswegs** ein Verdonkeltum, der die ausgesprochene Energie des Gehirns freimacht. Auch diese Darstellung ist völlig verkehrt. Die Erklärung dafür, daß schwelgische Menschen nach Weinmangel rasch zu werden, ist wieder in der nachfolgenden Wirkung des Alkohols zu suchen. Angenehme Kräfte kommen die Torkelnden, die sie im Rausch zum Besinn kommen, von denen jeder nüchterne Mensch, wenn er in eine angetrunkene Gesellschaft kommt, sich abgezogen fühlt, weniger zum Besinn kommen, weil die durch Erziehung und Kultur erworbenen Genüßvorstellungen (Anstands- und Schamgefühl) betäubt werden, und die Urteilskraft leidet. Ausnahmefälle sind wohl festzustellen, daß eine tatsächliche Erregung der körperlichen oder geistigen Leistungsfähigkeit weder in quantitativer noch in qualitativer Hinsicht durch Alkoholgenuß beim normalen Menschen zu erzielen ist.

Die Schäden des regelmäßigen, manchmal auch nur einmaligen Alkoholgenußes sind dagegen so bekannt, daß nicht viel Worte gemacht werden brauchen. Unglücksfälle in Fabriken und auf der Straße passieren am Montag, unter der Nachwirkung sonntäglichen Alkoholgenußes bei weitem häufiger als an allen anderen Wochentagen. Geschlechtskrankheiten werden meist im Gelegenheitsrausch erworben. Etwa ein Drittel aller Straftatbestände sind unter Wirkung des Alkohols mit dem Gesetz in Konflikt geraten. 80 Proz. der Aufnahmen in Irrenanstalten (je nach der Stadt) sind auf Konto des Alkohols zu setzen. Ob nun die Ursache der Trunksucht der Trinker und seiner Nachkommen ist, oder zuweilen nur die Ursache der Trunksucht sein mag, ist nicht festzustellen, sondern es ist beim selben Menschen der Fall. Das ist, in das ein Trinker sich und seine Familie bringt, umtötet, wofür hier zu weit führen: von der Trunksucht bis zum regelmäßigen, anscheinend gut vertragenen Alkoholgenuß, gibt es noch unzählige Uebergänge. Nicht allen bekannt ist auch die alte, daß Alkoholik bei jeder körperlichen Erregung eine größere Widerstandskraft zeigen.

Woher kommt nun die große Verbreitung des Alkoholgenußes? Es sind die subjektiven Empfindungen, die gehobene Stimmung, die den Alkohol so begehrenswert erscheinen lassen. Der eine will seinen Kummer, seinen Kummer, seine Mißstimmung, der andere sein körperliches Unbehagen verschmerzen, der Alkohol wird so in den Augen mancher Menschen zum Heilmittel, das in jeder Not helfen muß und immer häufiger in Anspruch genommen wird. Eine Hilfe bringt nun tatsächlich der Alkohol dem sorgend belasteten Menschen nicht. So manche „fehlende Verstimmung“ ist nichts anderes als eine träge Verdauung. Ein Spaziergang, Bewegung im Freien, richtige Kost werden das Übel mit der Wurzel beseitigen. Wer wirklich Sorgen hat — wer hätte sie heute nicht, zumal die Ursachen menschlichen Kummers so verschiedenartig sind — dem wird es in vielen Fällen möglich sein, durch tüchtige Ueberlegung und göttliche Hilfe Abhilfe zu schaffen. Der Alkohol nimmt dem Menschen diese notwendige Spannkraft, er gibt ihm nur einen kurzen Rausch und ein viel länger dauerndes Mißbehagen. Der meint es nicht gut mit dem Volke, der ihm gegen jedes Leid die Flasche empfiehlt.

Wenn der Verfasser des Artikels als Gewächsmann für die Unschädlichkeit des Alkohols die mythische Persönlichkeit des Moses, den alten Caesar, Napoleon und einige andere in Deutschland weniger bekannte Heilsgestalten anführt, so scheint es ihm seine Sache schlecht zu stehen. Moses brauchte seinem Volke den Alkohol nicht zu verbieten, da die Juden von jeher ein nüchternes Volk waren, und noch heute sind sie wissen genau, was ihnen Nutzen und Schaden bringt. Für den Deutschen dagegen mit seinem Hang zu weltvergessenen Träumereien — im Rausch lassen sich ja so schöne Lustschlösser bauen — ist der Alkohol eine Gefahr, die früher erst erkannt, als es zu spät war. Falls der Verfasser in Deutschland besser Bescheid wüßte, könnte er außer Bismarck, den er auch als einen Freund des Weines hinstellt, noch eine ganze Anzahl Namen nennen (und nicht die schlechtesten) von Deutschen, die den Wein als Sorgenbrecher besungen haben; das ist für viele erhängnisvoll gewesen. Bismarcks Fähigkeiten konnte freilich ein Laie Wein nicht viel Abbruch tun, doch wieviel Männer gibt es heute in Deutschland, die sich mit Bismarck vergleichen lassen? —

Eine Anzahl hochstehender Völker (Amerika, Skandinavien) hat die Schäden des Alkohols erkannt und hat ein staatliches Alkoholverbot eingeführt. Soweit wird es in Deutschland in absehbarer Zeit nicht kommen, denn der Frieden von Versailles fordert die ungehinderte Einfuhr ausländischer Weine und Spirituosen, aber im einzelnen steht es frei, sich für sein Geld an Stelle des trübseligen Tröstmittels Alkohol, des europäischen Opiums, etwas Besseres zu kaufen.

Bewerkshafterliches.

Zum Tode des Genossen Bauer, Stettin, worüber wir bereits berichteten, wird vom Deutschen Metallarbeiter-Verband, Bezirksleitung Stettin, geschrieben: Am Sonntag, den 17. d. Mts., der Kollege Eduard Bauer plötzlich gestorben. Vor circa 14 Tagen war der Kollege bei einer Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß in Anklam um dort die Interessen der Kollegen zu streiten. Während dieser Verhandlung trat ein an ihm schon lange bestehendes Leiden in verstärkter Weise in Erscheinung, so daß er aus dem Verhandlungssaal getragen werden mußte. Nach einigen Tagen stellte sich eine leichte Besserung ein. Am Sonntag kam sich nun plötzlich bei ihm Herzkrämpfe ein, wovon er sich nicht wieder erholen sollte. Die Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes verlor in Kollegen Bauer einen selten tüchtigen und eifrigen Kollegen. Er war nach einer von denen, dem die freigewerkschaftliche Arbeiterbewegung über alles ging und für die zu arbeiten für ihn Lebensinhalt war. Er hatte einen langjährigen Mitarbeiter, den Bezirksleiter Kollegen H. L. A., nicht lange überlebt. Die Arbeiterschaft des gesamten Bezirks wird ihm ein dauerndes ehrendes Andenken bewahren, einen derjenigen alten Kollegen, die selbstlos dauernd für die Interessen der gesamten Arbeiterschaft eingetreten sind.

Kommunistische Gewerkschaftsarbeit. In der Liste des Metallarbeiterverbandes in Stettin ist ein Reibbetrag von 60 Mk. entbehrlich worden. Die Untersuchung hat ergeben, daß der Reibbetrag durch Unterzählung entstanden ist. Als Tat dringend verdächtig wurde der Hauptkassierer Max Thord verhaftet; der Kassierer Alfred Lomow, von dem es heißt, daß er an dem Verbrechen beteiligt ist, hat sich der Verurteilung durch die Rucht entzogen. Thord und Lomow sind jetzt in der kommunistischen Bewegung. Von dem tüchtigen Lomow ist anzunehmen, daß er nach Moskau gereist ist, sich dort in der Theorie des Kommunismus auszubilden, um Vorlesungen über praktische Arbeit zur Verkündung der Gewerkschaft zu halten, von der er in Stettin eine kleine Probe abgab.

Kleine Nachrichten.

Ein Tag Freiheitstafel in 150 Mark. Nach einer Mitteilung des bayerischen Justizministeriums wird gegenwärtig im Reichsjustizministerium ein Gesetzentwurf über die Umwandlung von Freiheitsstrafen in Geldstrafen ausgearbeitet. Es soll künftig ein Tag Freiheitsstrafe mit 100 Mk. Geldstrafe gleichgesetzt werden (bisher 15 Mk.). Die Vorlage wird schon in aller nächster Zeit erscheinen, und die neuen Bestimmungen sollen am 1. Oktober in Kraft treten.

Milchendiebstahl in Aßin. Ein großer Milchendiebstahl in Aßin, bei dem den Einbrechern Schmachschaden im Werte

von über eine Million Mark zu den Händen gekommen ist, hat sich in der letzten Zeit ereignet. Es handelt sich um einen der bedeutendsten Diebstähle, der am letzten Tage in den letzten Wochen des Jahres 1920 in Bayern begangen wurde. Unter den gestohlenen Sachen befinden sich eine Perlenkette mit 413 Perlen im Werte von einer Viertel Million Mark, 64 reich ausgestattete Ringe mit Brillanten und Smaragden, 16 Broschen, meistens in Silber, zum Teil mit großen Edelsteinen, 20 Kollern mit großen Steinen, Ohrringe, Kette, Armreife, goldene Zigarettenboxen und zwei große goldene Handtaschen. Auf die Wiederherstellung der Sachen ist eine Belohnung von 100 000 Mark ausgesetzt.

Billiges Angebot von Blusenröcken

Dieselben sind aus guten praktischen Stoffen in solider Verarbeitung hergestellt



Serie I	aus praktischem Sportstoff, moderne Form, solide Verarbeitung	24.75
Serie II	aus marine, braunem und grünem Cheviot und praktischem Sportstoff	39.75
Serie III	aus weißem, Hänge-Luseitem Protté, moderne Machart	39.75
Serie IV	aus marango Cheviot mit Tressen und Knopfgarnitur, vollgeschnittene Form	49.00
Serie V	aus reinwollenem blauem Cheviot mit Stepperei und Tresse	68.00
Serie VI	aus reinwollenem Schottlandstoff, verschiedene Muster, plissierter Jumperock	98.00

Ein Posten Waich-Unterröcke

aus vorzüglichen waschbaren Stoffen in einfarbig und gestreift, in bester Verarbeitung und Ausführung

29.75 39.50 48.00 68.00 78.00

Sternfeld

Danzig

Filiale Langfuhr

Verantwortlich für Inhalt Dr. Wilhelm Waack, für den
Danziger Nachrichtenfall und die Unterhaltungsbeilage Fritz
Weber, beide in Danzig für die Interoceanischen West-
in Ost-Druck und Verlag von J. Neufeld & Co. Danzig.

Abrperkschädigende Wirkung zu langer und zu harter Sonnenbestrahlung.

Schon oft ist von ärztlicher Seite darauf hingewiesen, wie mährig die Sonnenstrahlen auf den Körper einwirken und wie sie gegen einzelne Krankheiten das beste und wirksamste Heilmittel sind. Es muß aber immer wieder betont werden, daß auch hier Beschränkung wachen muß, wenn an Stelle von Heilung und Kräftigung nicht Schädigungen der Gesundheit durch die Sonnenbestrahlung hervorgerufen werden soll. Es ist gerade jetzt wieder reichlich Gelegenheit gegeben, in den Seebädern Personen zu beobachten, die sich den Sonnenstrahlen zu lange aussetzen und dadurch schmerzhaft Entzündungen der Haut davongetragen haben. Dies wäre vermieden worden, wenn sie die Haut erst nach und nach an die chemische Wirkung der Sonnenstrahlen gewöhnt und dadurch eine allmähliche Braunfärbung erlangt hätten. Erst wenn diese vorhanden ist, darf ohne Gefahr für Entzündungen die Dauer des Sonnenbrandes verlängert werden. Ganz besonders muß aber gemerkt werden, den Kopf ohne schützende Bedeckung längere Zeit den Sonnenstrahlen aussetzen, da sonst die Erscheinungen des Sonnenstiches und starke Schädigungen der Gesundheit die Folge sein können. Es kann daher nur nochmals an die gesamte Bevölkerung, vor allem an Eltern und die mit der Beaufsichtigung der badenden Schulschüler beauftragten Personen, die dringende Warnung gerichtet werden, nicht durch übermäßigen Gebrauch von Sonnenbädern deren heilende und kräftigende Wirkung in das Gegenteil zu kehren und sich oder die ihnen anvertrauten Kinder Schädigungen aussetzen, die bei der durch die

Wirkungen der Sonnenstrahlen verringerten Widerstandsfähigkeit von unheilvollen Folgen sein können.

Aus den Gerichtssälen.

Miet- und Untermiet. Eine Frau aus Langfuhr hatte sich vor dem Schöffengericht wegen Unterschlagung an erpfaßten Sachen zu verantworten. Sie war Mieterin und vermietete mit Zustimmung an Untermieter. Die Untermieter waren zwei Schmiedern. Die eine war verheiratet, jedoch lebte sie mit ihrem Mann nicht gut. Während der Mietzeit kam der Mann aber doch zeitweise zu seiner Frau und ließ sie dann mit, ohne daß er der Witte dafür bezahlte. Es kam zur Kündigung und zum Auszug. Die Untermieter waren ursprünglich zum Teil nachts heimlich eingezogen und wollten nun auch tags ohne Bezahlung der Witte ausziehen. Die Witte befiel ihnen deshalb 4 Oberhemden und 2 Nachtschuhe ein. Die Witte brachte Geld, da sie auf die Mietseinnahme angewiesen war. Sie glaubte deshalb in gutem Recht zu sein, wenn sie die gekündigten Sachen verkaufte. Tags war sie aber nicht berechtigt. Das Gericht verurteilte sie deshalb wegen Unterschlagung des Pfandes zu 300 Mark Geldstrafe.

„Hausfriedensbruch“ beim Freizeitsport. Gelegentlich des Streiks im Freizeitsport kamen einige Freizeitsportler in ein Zoppoter Freizeitsport, um als Mitglieder des Streikkomitees den dort arbeitenden Gehilfen zur Arbeitsaufnahme aufzufordern. Hierbei sollen sie sich des gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs schuldig gemacht haben und schuldig an einem Streikverstoß über 50 Mark. In der von den Angeklagten beantragten richterlichen Entscheidung bestritten sie die Tat des Hausfriedensbruchs. Das Gericht verurteilte sie zu je 300 Mark Geldstrafe oder 30 Tage Gefängnis. Der Anklagewalt führte aus, daß schon das widerrechtliche Einbringen ein Hausfriedensbruch sei.

Aus aller Welt.

Arbeitskredite auf den Riel Werften. Die industrielle Lage in Kiel, insbesondere auf den Werften, ist sehr unbefriedigend. Aufträge liegen nur in geringem Umfang vor. Der dadurch bedingte Arbeitsmangel hat erhebliche Betriebsbeeinträchtigungen zur Folge. Die deutschen Werfte, die bereits vor kurzem einen großen Teil ihrer Belegschaften entlassen mußten, haben am Sonnabend weiteren hundert Arbeitern gekündigt und in verschiedenen Abteilungen die Arbeitszeit auf vier Tage in der Woche beschränkt. Auch auf der Germania-Werft ist die Einführung von Festschichten notwendig geworden. Die Germania-Werft arbeitet zurzeit zwar noch in vollem Umlauf, doch ist dort ebenfalls in Kürze mit Betriebsbeeinträchtigungen zu rechnen. Ähnlich liegen die Verhältnisse in den kleineren Maschinen- und Motorenfabriken. Vielfach wird nur vier oder fünf Tage in der Woche gearbeitet.

Die Opfer der Erdbebenkatastrophe in China. Erst jetzt liegen die genauen Ziffern über die Opfer des am 18. Dezember vergangenen Jahres über die Provinzen Kwangsi und Schensi (Nord-China) hereingebrochenen furchterlichen Erdbebens vor. Nach dem sehr sorgfältig aufgestellten Material des Observatoriums in Peking haben bei diesem Erdbeben mindestens 180.000 Personen den Tod gefunden.

Ballistikport — als eiserner Freizeitsport. Die estländische Regierung hat die Errichtung eines Freizeitsports in Ballistikport beschlossen. Dem Handels- und Industrieministerium soll ein Kredit von 9.000.000 estn. Mark für die Instandsetzung des Hofens eröffnet werden. — Nach der Petersburger „Krasnaja Gaketa“ fand seit Eröffnung der Schifffahrt in Petersburg 5777 Tonnen Kohle aus England und 180.000 Pud Mehl (1 Pud = 16,38 Kilogramm) aus Amerika eingetroffen.

Zoppoter Waldoper Beethovenfeier Fidelio

Aufführungen am 24., 26., 28., 31. Juli und 2. August, abends 7 Uhr.

Preise der Plätze: 50, 35, 20, 15, 10 M., Sitzplatz 5 M. Vorverkauf in Ziemanns Buchhandlung in Zoppot (Fernruf Nr. 225) und in der Musikalienhandlung Hermann Lau, Danzig (Fernruf Nr. 3455).

Achtung!

Hugo Bröde, Wirtshaus, Graben 16. Reparaturen an Gastwagen etc.

Junger Hund

macham, billig zu verkaufen. Althiergasse 48 II, rechts.

Metropol-Lichtspiele

Dominikanwall 12.

Der große Sport-Sensationsfilm Der Todesflieger!!

mit dem Sportmann von Jugend auf: Rennfahrer, Rennfahrer, preisgekrönter Schweißläufer Harry Hill und der Artistin von Kindheit an Marga Lindt in 6 fabelhaften Akten.

Sensation auf Sensation u. a.: Großes Motorradrennen im Stadion vor vielen tausend Zuschauern — Motorsport von der Eisenbahnbrücke auf fahrenden Schnellzug — Abstieg vom Flugzeug mittels Strickleiter auf ein anderes — Fallschirmsprung aus 1000 Meter Höhe — Absturz eines brennenden Flugzeuges aus 500 Meter Höhe — Flucht vom rasenden Motorboot mittels Strickleiter auf ein Flugzeug usw.

Dazu das prächtige Lustspiel:

Der Gent von der Ferrystreet

Groteske aus amerik. Gefilden. Besuchen Sie bitte die 4-Uhr-Vorführung!

Nervenschwäche

Dr. Richard K. C. Berlin, Potsdamer Straße 104 b.



Tiefeschwarz
werden selbst Ihre Möbel durch tägliche Pflege mit Erdal — Möbel sind sauber, deshalb sparen durch **Erdal**

PHILIPP SCHEIDEMANN
DER ZUSAMMENBRUCH
1914-1918
PREIS 30 MARK

NEU
Buchhandlung Volkswacht
Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32

Stroh- Panama- Velour- Filz- **Hüte**
für Damen und Herren
werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten Formen bei sorgfältigster Ausführung in kürzester Zeit
umgepreßt,
gewaschen und gefärbt.
Stroh- und Filzhut-Fabrik
Hut-Bazar zum Strauß
Annahmestelle
am Lawendelsgraben Nr. 8-7.
(gegenüber der Markthalle).

Der Atheist
von Ernst Ewert
Preis 2.50 Mark
zu haben in der
Buchhandlung Volkswacht,
Am Spandhaus 6 u. Paradiesgasse 32.

UT Lichtspiele
GOLIATH ARMSTRONG
DER HERKULES DER SCHWARZEN BERGE
DER GROßE AMERICANUM
EXTRACTION/FILM
IN 6 ABTEILUNGEN
Vom 28. bis 29. Juli
I. Teil
Vorführungen 4, 6 und 8 Uhr.

Gedania-Theater
Schöndamm 53/55
Ab heute 3 Schläger!
„Die Apschen von Paris“
Detektiv-Abenteuer in 5 p. spannend, v. sensationell. Akten
Tiram Fox (Detektiv) Karl Falkenberg
Bob Parker (sein Gehilfe) Julius Frucht
Napoleon u. d. kl. Wäschlerin II. Teil
Schauspiel in 4 Akten. Hauptdarstellerin
Ellen Richter.
Die Berliner Range
V. Streich: „Der Kampf m. d. Drachen“
Lustspiel in 3 Akten mit Hilar. Wörtern

Zentral-Theater
Langgasse 34 + Ringstraße 123
Neu! Heute Donnerstag Neu!
Der große Stummfilm
Durch Flammen und Fluten
Die Schicksalsdramatik einer Verführten in 6 Akten.
Hauptrollen: Erna Bogner, Josef Römer, H. Traskow
Der Liebe Leid und Sieg!
Schauspiel in 5 Akten mit
Grete Wolzler, Carl Beckersachs

Moderne Herren-Anzüge
einsame Größen
zu Verlustpreisen.
Beachten Sie bitte meine Schaufenster!
Bestreifte Hosen, Sammetanzüge
enorm billig.
J. Czerninski, Altsiedlerischer
Graben Nr. 66/67
Eingang Kleine Mühlengasse.

Kleine Anzeigen
In unserer Zeitung sind
billig und erfolgreich.

EIN POSTEN Herren-Stiefel

Rindbox, schöne, hochmoderne Ausführung, neueste Formen, gut passend

Serie I **178⁰⁰**
Serie II **148⁰⁰**
Serie III **138⁰⁰**

Schuhsport

Langgasse 84, am Tor